



ÖSTERREICHISCHER
SENIORENBUND

***SONDERAUSGABE zum
Reformpaket 2012:***

„Österreich auf gesunde Beine stellen!“

S / S

SENIORENBUND INFO-SERVICE

SENIORENPOLITIK AUF 1 BLICK !

AKTUELL & KOMPAKT

***FÜR MEINUNGSBILDNER &
AN SENIORENPOLITIK INTERESSIERTE***

Diesmal mit ...

REFORMPAKET 2012

Übersicht über die ÖSB-Forderungen und die erreichten ÖSB-Ziele

ab S. 5

DAS ÖVP-6-PUNKTE-PROGRAMM

Das ÖVP-6-Punkte-Programm wurde mit dem Reformpaket für Österreich umgesetzt!
Die Details

ab S. 10

KAPITEL PENSIONEN

ab S. 12

INHALT

VORWORT von Seniorenbundobmann Dr. Andreas **KHOL** 3

REFORMPAKET 2012

Übersicht über die ÖSB-Forderungen und die erreichten Ziele 5

Reformpaket 2012: „Österreich auf gesunde Beine stellen!“
Die bisher häufigsten Senioren-Anfragen und UNSERE Antworten 7

DAS ÖVP-6-PUNKTE-PROGRAMM

ÖVP: Das Reformpaket für Österreich mit Kapitelübersicht.....10

KAPITEL PENSIONEN12

Die Medien berichteten...

OTS: „KURIER“-Kommentar von Josef Votzi: „Die Rentneropfer-Mär“13

APA: Pensionen: Der neue Weg in die Pension14

KAPITEL ÖBB15

KAPITEL FÖRDERUNGEN16

KAPITEL GESUNDHEITSSYSTEM17

KAPITEL VERWALTUNG17

KAPITEL ÖFFENTLICHER DIENST18

KAPITEL POLITIK19

MIT DEN BESTEN EMPFEHLUNGEN ...

Politische Akademie der ÖVP20

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Seniorenbund, Bundesorganisation, 1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7, Tel. 01/40126/DW 157. Hersteller: Digitaldruck, 2544 Leobersdorf, Eitzenberger Str. 8.

Offenlegung laut Mediengesetz: Das SIS (Seniorenbund Info-Service) ist das wöchentliche Mitteilungsblatt der Bundesorganisation des Österreichischen Seniorenbundes und dient der Information in seniorenspezifischen Angelegenheiten. Für den Inhalt verantwortlich: stv. GS Susanne Walpitscheker, 1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7; swalpitscheker@seniorenbund.at

BUNDESOBMANN NR-PRÄS.I.R. DR. ANDREAS KHOL

ZUR AKTUELLEN SENIORENPOLITIK IN ÖSTERREICH

Liebe Seniorinnen und Senioren!

Das Reformpaket 2012 ist nun vom Ministerrat beschlossen und geht in Begutachtung. Dabei werden wir als Ihre Interessenvertretung selbstverständlich jeden Punkt und Beistrich auf seine Auswirkung auf Österreichs ältere Generationen überprüfen und uns im Begutachtungsprozess entsprechend einbringen. Das gilt für den Pensionsbereich, den wir mitverhandelt haben, wo aber die Auswirkungen oft an kleinen Details liegen; und dies gilt freilich für alle Kapitel in denen zum Teil erst in diesen Tagen die Details geklärt werden.



Grundsätzlich kann jedoch festgehalten werden: **Dieses Reformpaket ist ...**

- vernünftig und über die Bevölkerungsgruppen hinweg ausgewogen
- kein Pensionist wird 2013 oder 2014 Netto weniger erhalten als im Jahr davor
- es gibt keine Null-Runde bei den Teuerungsabgeltungen der Pensionisten – auch nicht für „höhere“ Pensionen*

Der Österreichische Seniorenbund hat in den vergangenen Jahren mehrfach eigene Reformvorschläge im Pensionssystem vorgelegt und diese auf mehreren Verhandlungsebenen wiederholt in unterschiedliche Verhandlungen eingebracht. Jeweils mit demselben Ziel: **Nur wer bestimmte Anpassungen vornimmt, kann Österreich – und sein Pensionssystem – für alle Generationen nachhaltig finanzierbar und somit zukunftsfit halten!**

Mit dem aktuellen Sparpaket ist es uns gelungen, viele der Seniorenbund-Reformvorschläge umzusetzen:

- Raschere Umstellung auf das **einheitliche Pensionskonto** und damit verbunden einfacher und transparenter Überblick über kommende Pensionsansprüche,
- **Abschaffung der teuren Block-Variante** bei der Altersteilzeit,
- **höhere Zu- und Abschläge** bei vorzeitigem Pensionsantritt bzw bei länger arbeiten (noch nicht die von uns gewünschten +12%, aber immerhin +5,2% pro Jahr ohne Deckel),
- **Ende der Frühpensionierungen bei den ÖBB,**
- **Pönale für Arbeitgeber** im Falle der Kündigung (und bei einvernehmlichen Auflösungen),
- **Rehabilitationsgeld** wird nicht mehr von der PVA, sondern vom AMS bezahlt, erschwerter Zugang zur **Korridor pension**,
- Anhebung des **Tätigkeitsschutzes**,
- **„senior pools“ beim AMS** und bessere **Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz** („fit2work“),
- insgesamt somit eine **Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters.**

Das sind allesamt Seniorenbund-Forderungen der vergangenen Jahre und Monate, die nunmehr umgesetzt werden.

Noch offen bleibt die von uns geforderte **raschere Anhebung des Frauenpensionsalters** an jenes der Männer. Ein Thema, welches wir aus Überzeugung, damit die Pensionen der Frauen nachhaltig zu erhöhen, weiter intensiv verfolgen werden.

Ein weiteres Thema, das noch ganz oben auf unserer Liste bleibt ist der **Lückenschluss bei den Wiener Landesbeamten** – dem einzigen Bundesland, das bis heute die Pensionsreformen des Bundes nicht nachvollzogen hat, was das Bundesbudget mit hunderten (!) Millionen belastet. Hier wird sich auch die Ernsthaftigkeit der Wiener Grünen in ihrer Wiener Regierungsbeteiligung zeigen; sie hätten es in der Hand hier endlich für Änderungen zu sorgen!

Mit diesem Reformpaket konnten außerdem die wichtigsten Bedingungen, die wir Senioren gestellt hatten, erfüllt werden – nämlich KEINE Nullrunden bei Pensionsanpassungen und Ausgewogenheit der Solidarleistungen durch alle Bevölkerungsgruppen.

Österreichs ältere Generationen leisten ihren solidarischen Beitrag für Österreichs Zukunft und gelungenes Miteinander der Generationen, wobei dabei niemand in seiner persönlichen Leistungsfähigkeit überfordert wird.

Wichtig ist dabei: Ja, die Teuerungsabgeltungen der Pensionen werden 2013 im Durchschnitt um 1% und 2014 im Durchschnitt um 0,8% unter der gesetzlichen Teuerung liegen. Aber: Die Details dazu werden erst nach Vorliegen der gesetzlichen Teuerungsraten (Mitte August) in der üblichen Pensionsverhandlungsrunde festgelegt. Und: Niemand wird weniger am „Lohnzettel“ haben!

Wir werden das Volumen unserer Sparsusage einhalten. Aber eines ist sicher: **NIEMAND wird dabei eine Null-Anpassung hinnehmen müssen!***

Mit den besten Grüßen

Dr. Andreas Khol
Bundesobmann

** ausgenommen sind leider weiterhin Personen im Jahr nach Pensionsantritt. Die erste Pensionsanpassung entfällt weiterhin für alle Pensionisten. Ausgenommen sein werden (so hat man in Ktn heute beschlossen) auch Kärntner Landesbeamten-Pensionisten, die 2013 eine Null-Anpassung akzeptieren müssen. Es obliegt hier stets den Ländern wie / ob sie die Regelungen der Bundesebene auf ihre Landesbeamten-Pensionisten übernehmen. Es könnten daher noch andere Bundesländer entsprechende Entscheidungen treffen.*

DIESMAL IN IHREM SONDER-SIS

Reformpaket 2012: Forderungsübersicht und erreichte Ziele	S. 5
Das ÖVP-6-Punkte-Programm	S. 10
Kapitel Pensionen	S. 12

REFORMPAKET 2012

ZIEL ERREICHT! Die Übersicht der einzelnen erreichten Seniorenbund-Ziele!

ÖSB-Forderung	Im Spar- & Effizienzpaket enthalten	Einsparung 2014 - 2016
Grundsatz-Forderungen		
<u>KEINE Null-Runden</u> bei den Pensionsanpassungen, gesetzliche Teuerungsabgeltung für möglichst viele Senioren / jedenfalls sozial verträglich.	ZIEL ERREICHT! Es wird KEINE Null-Anpassungen für Pensionisten geben. 2013 und 2014 wird der gesetzlich festzulegende Prozentsatz etwas unterschritten (im Schnitt um 1% bzw 0,8%). Wir werden die zugesagten Einsparungen einhalten. Aber: Die Details verhandeln wir erst mit der üblichen Herbst-Lohnrunde!	2,56 Mrd
<u>Ausgeglichenheit des Budgets:</u> Wir verlangten, dass alle Bevölkerungsgruppen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit ihren Beitrag erbringen.	ZIEL ERREICHT! Genau das ist im Budget gelungen! Alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen leisten im Rahmen ihrer Möglichkeit ihren Beitrag. Das Paket ist gut ausbalanciert – so konnten auch wir mitstimmen.	
Detail-Forderungen im Pensionssystem		
„ASVG für alle“ bis 2025 – gleiche und transparente Bedingungen für alle künftigen Pensionisten + <u>Vereinfachung der Pensionsberechnung</u> + <u>höhere Zu- und Abschläge</u> für Pensionsantritt vor gesetzlichem Alter bzw für arbeiten nach gesetzlichem Alter	AUF BESTEM WEGE ZUR ZIELERREICHUNG! Ab 1.1.2014 werden alle bisherigen Pensionsansprüche auf das Pensionskonto umgebucht, kommt somit für alle „Neurecht“ zur Anwendung. Damit ist der erste wichtige Schritt getan. Sonderpensionsformen sollten und werden folgen! Dadurch wird die Pensionsberechnung einfacher, jeder kann dann auf seinem Konto einsehen, wie hoch seine Pension bei sofortigem Antritt wäre. Die Zu- und Abschläge werden einheitlich auf 5,1% pro Jahr angehoben.	123 Mio
<u>Änderung der teuren und ungerechten Altersteilzeit</u> – besonders <u>Abschaffung der „Block“-Variante</u>	ZIEL ERREICHT! Die Block-Variante wird endlich abgeschafft!	186 Mio
<u>Ende der Frühpensionierungen bei den ÖBB</u>	ZIEL ERREICHT! Ist im Paket fixiert!	525 Mio
<u>Einführung einer Pönale für Arbeitgeber</u> , die ältere Arbeitnehmer kündigen.	ZIEL ERREICHT! Eingeführt wird das so genannte Experience-Rating, bei dem künftig Arbeitgeber im Falle einer Kündigung eine „Manipulationsgebühr“ an das AMS zahlen müssen.	343 Mio

<p><u>Rehabilitationsgeld</u> soll nicht länger aus der Pensionsversicherung bezahlt werden!</p>	<p>ZIEL ERREICHT! Für unter 50jährige gibt es künftig keine Invaliditätspension mehr, stattdessen erhalten die Betroffenen ein Rehabilitationsgeld, das jedoch in Zukunft vom AMS – und endlich nicht mehr (wie bisher bei befristeten Pensionen) aus der Pensionsversicherung – bezahlt wird. Zusätzlich werden künftig auch Leistungen für „Pensionsvorschüsse“ vom AMS und nicht mehr von der Pensionsversicherung bezahlt.</p>	<p>309 Mio</p>
<p><u>Erschwerter Zugang</u> zu Korridor- und „Hackler“-Pension</p>	<p>ZIEL ERREICHT! Für den Zugang zur Korridor pension benötigt man ab 1.1.2013 statt der bisher nötigen 37,5 Beitragsjahre schon 38 Beitragsjahre – bis 2017 steigt diese Erfordernis um 6 Monate pro Jahr an, liegt dann also bei 40 Beitragsjahren. Ein Antritt ist frühestens ab 62 möglich. Für die „Hackler“-Regelung gilt dann ebenfalls ein Zugangsalter von 62 (Frauen 57 steigend auf 62), man benötigt jedoch 45 Beitragsjahre (Frauen steigend von 42 auf 45 Beitragsjahre). Für die „Hackler“-Regelung gilt ab 2014 ebenfalls ein Abschlag. Der Abschlag wird für die Korridor-Pension bei 5,1%, für die „Hacklerregelung“ bei 4,2% liegen.</p>	<p>533,4 Mio</p>
<p><u>Anhebung des Tätigkeits-schutzes</u>, damit Invaliditäts-Pensionen weiter reduziert werden-</p>	<p>ZIEL ERREICHT! Dieser Punkt ist im Paket vorgesehen.</p>	<p>464 Mio</p>
<p><u>Verstärkte Gesundheitsförderung</u> für ältere Mitarbeiter am Arbeitsplatz und „<u>senior-pools</u>“ beim AMS</p>	<p>ZIEL ERREICHT! Mit den Programmen „fit-2-work“ und dem Ausbau von AMS-Angeboten für ältere Arbeitnehmer erreicht.</p>	<p>192 Mio</p>
<p>Generell: <u>Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters</u>.</p>	<p>ZIEL ERREICHT! Durch die oben genannten Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters werden strukturell im Pensionssystem 1,2 Mrd Euro eingespart!!!</p>	<p>1,2 Mrd</p>
<p><u>Schrittweise Erhöhung des Frauenpensionsalters</u> ab 1.1.2014</p>	<p>BLEIBT AUF DER AGENDA! Diese Variante wird kommen. Wenn nicht vor der nächsten Wahl, dann sicher im nächsten Regierungsprogramm! Wir bleiben dran!</p>	
<p>Weitere Forderungen</p>		
<p><u>Umsetzung der Sparvorschläge des Rechnungshofes</u></p>	<p>ZIEL ZUM TEIL ERREICHT – REST WIRD FOLGEN! Per sofort werden 50% der Vorschläge umgesetzt (IT-Bereich, Zentrale Lohnverrechnung, E-Government Offensive, Gebäude- und Flächenverwaltung, etc). Bis 2016 folgen: Zusammenlegung von Bezirksgerichten, Schließung von Heeresspitälern, Bundesamt für Fremdenwesen und Migration.</p>	<p>770 Mio</p>

Widmung von Wohnbauhilfen oder einem Teil der <u>Geldmittel</u> für thermische Sanierung für „barrierefrei Umbau“	ZIEL ERREICHT! Künftig sollen Mittel der thermischen Sanierung für „barrierefrei Umbau“ gewidmet werden.	
	Summen	7,2 Mrd

Reformpaket 2012: „Österreich auf gesunde Beine stellen!“ Die bisher häufigsten Senioren-Anfragen und UNSERE Antworten.

Dieses Reformpaket ist ...

- vernünftig und über die Bevölkerungsgruppen hinweg ausgewogen
- kein Pensionist wird 2013 oder 2014 Netto weniger erhalten als im Jahr davor
- es gibt keine Null-Runde bei den Teuerungsabgeltungen der Pensionisten – auch nicht für „höhere“ Pensionen

Die 3 häufigsten in der Korrespondenz aufgetauchten Vorwürfe. Und UNSERE Antworten dazu!

Vorwurf 1: „Die Pensionisten sind die größten Verlierer!“ / „Die Pensionisten zahlen mehr als 7 Mrd!“

Unsere Antworten dazu:

Das stimmt so nicht! Von Menschen, die heute schon in Pension sind werden – zusammengerechnet – bis 2016 insgesamt 2,56 Milliarden beigetragen. Dies geschieht durch eine unter der errechneten Teuerung liegenden Pensionsanpassung in den Jahren 2013 und 2014. **NICHT durch eine Null-Lohnrunde der Pensionisten!**

Die Anpassung ist im Paket als Rahmenvereinbarung so vorgegeben:

2013: „gesetzlich errechnete Teuerung“ minus 1% = Ersparnis von 400 Mio pro Jahr.

2014: „gesetzlich errechnete Teuerung“ minus 0,8% = Ersparnis von 320 Mio pro Jahr.

Wie hoch die gesetzlich errechnete Teuerung jeweils liegt, kann erst im August 2012, bzw im August 2013 festgestellt werden.

Wie genau die Gesamtsumme sich dann auf die Pensionsgruppen verteilt, wird erst in Verhandlungen im jeweiligen Herbst (2012 u. 2013) festgelegt.

Vorstellbar ist dabei eine Staffelung – zum Beispiel (nicht fixiert!): volle Teuerungsabgeltung bis ca 1.300,- Euro brutto, darüber etwas weniger, mehr Abstriche bei besonders hohen Pensionen (über ASVG-Höchst Pension). Details kann man jedoch erst dann klären, wenn man im Herbst die gesetzlich errechnete Anpassung kennt. Daher gab es bei diesem Paket bewusst keine Detail-Einigung, sondern lediglich eine Rahmeneinigung.

Der größte Teil der mehr als 7 Milliarden – nämlich ca 5 Milliarden – kommt NICHT von Menschen, die heute in Pension sind, sondern von jenen heute 45-, 50-, oder 55jährigen, die bis 2016 gerne in Pension gegangen WÄREN, die nun jedoch aufgrund der Maßnahmen der Regierung nicht in Pension gehen werden (bzw im Falle eines Antritts höhere Abschläge in Kauf nehmen). Zugleich wird für diese Personengruppe aber auch mehr Geld zur Verfügung gestellt (ca 600 Mio): für ein großes „Beschäftigungspaket für ältere Arbeitnehmer“. Dadurch werden vor allem echte Umschulungen, aber auch gesundheitliche Reha-Maßnahmen finanziert.

Wir Seniorenvertreter haben zugestimmt, bei der Teuerungsabgeltung 2013 insgesamt 400 Mio einzusparen, bei der Abgeltung 2014 insgesamt 320 Mio.

Dadurch ergeben sich die Summen (2013: 400 Mio, 2014: 400 + 320 Mio, 2015: 400 + 320 Mio, 2016: 400 + 320 Mio = in Summe 2,56 Milliarden). Diese Rechnung ergibt sich daraus, dass **Anpassungen bekanntlich sockelwirksam** sind, dh vom Tag der Anpassung bis zum Ableben der Betroffenen Jahr für Jahr budgetiert werden müssen. **Diese Gesamtsumme werden wir einhalten**, die exakte Aufteilung auf die Pensionistengruppen erfolgt im Herbst 2012 bzw im Herbst 2013.

Weil diese Summen so horrend wirken, darf jedoch auf die exakte Auswirkung im Durchschnitt hingewiesen werden:

2013 wird dies heißen, dass **im Durchschnitt** (über alle Pensionisten) die Teuerungsabgeltung – also der Zuschlag auf die Pension – **um brutto 13,- Euro pro Monat weniger sein wird als im Gesetz vorgesehen. 2014 um brutto 10,- Euro weniger.**

Dabei ist festzuhalten: **NETTO wird 2013 keine Pension kleiner sein als 2012. 2014 keine Pension kleiner als 2013.** Durch die Staffelung über die Pensionsistengruppen werden kleinere Pensionen eben gar keinen Verlust bei der Teuerungsabgeltung verzeichnen, höhere werden dann eben zB statt fast 90,- Euro Brutto-Anpassung (wie 2012) „nur“ 70,- oder 65,- Euro Brutto-Anpassung erhalten. **Ja, das halten wir für vertretbar!**

Vorwurf 2: „Bei den Strukturen ist wieder nichts passiert“

Unsere Antworten dazu:

Dem darf leidenschaftlich widersprochen werden! Von den 599 Rechnungshof-Vorschlägen werden 50% bis 2016 umgesetzt! Weitere werden folgen. Besonders im Zusammenhang mit den noch folgenden Detail-Gesprächen der Länder darf einiges erwartet werden. So wird man noch im 1. Halbjahr mit den Ländern die Details zur Gesundheitsreform fixieren. Da werden mit Sicherheit einige strukturelle Änderungen enthalten sein. Im zweiten Halbjahr erwarte ich eine solche Einigung im Bildungsbereich.

Auch die **Umstrukturierung der Förder-Leistungen** klingt nicht nach viel. In Wirklichkeit wird dies jedoch endlich die zahlreichen Doppel-Strukturen in der Förderung beseitigen.

Bei den Pensionen erfolgen große strukturelle Änderungen. Die Umstellung, dass man unter 50 keine Invaliditätspension mehr antreten kann, sondern stattdessen ein Rehabilitationsgeld erhält, ist keine bloße Umbenennung.

Es ist ein echter Wandel in der Struktur: Anstatt wie bisher diese doch sehr jungen Menschen zuerst befristet und später unbefristet zu pensionieren, **werden diese Menschen nun mit zusätzlichen AMS-Mitteln aktiv unterstützt** – durch gesundheitliche Reha, durch Umschulungen, durch Vermittlung auf neue, auf ihr Alter besser abgestimmte Arbeitsplätze.

Und auch die **Umstellung auf das Pensionskonto schon 2014 – anstatt einer jahrzehntelangen Parallelstruktur – bringt endlich Transparenz und Klarheit für die Betroffenen, sowie erhebliche Einsparungen in der Verwaltung.**

Offen ist hier freilich noch ein Punkt, den der Bund alleine nicht erledigen kann: Wie wird es zB bei den Wiener Landesbeamten weitergehen? Werden hier endlich Maßnahmen getroffen? Bei den ÖBB ist die Abstellung der unnötigen Frühpensionen ja gelungen, **jetzt muss noch Wien folgen**, da gilt es dringend dies massiv einzufordern. **Da dürfen wir alle zusammen nicht locker lassen!**

Freilich würde auch eine Strukturreform bei den Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden noch dringend anstehen. Dazu erwarte ich jedoch ebenso einiges an Bewegung – schließlich muss vor allem der Bundesrat seiner eigenen Verkleinerung selbst zustimmen. Wenn er schlau ist (wovon Sie ausgehen dürfen!), tut er dies nur vorbehaltlich echter Struktur-Reformen.

Vorwurf 3: „Wenn sich die Regierung bei Seniorenvertretern bedankt, dann heißt das: schlecht verhandelt!“

Unsere Antworten dazu:

Wir Seniorenvertreter haben schon zu Beginn der Verhandlungen drei wichtige Dinge mit der Regierung festgelegt – die auch gehalten haben:

1. Senioren-Bedingung:

Maßnahmen gegen Frühpensionen + Maßnahmen bei der Teuerungsabgeltung gehören in einen Topf!

Das ist schnell erklärt: Bisher wurden nur die Maßnahmen zur Teuerungsabgeltung mit uns Seniorenvertretern verhandelt. Maßnahmen gegen Frühpensionen überließ man fast ausschließlich den „alten“ Sozialpartnern Gewerkschaft und Wirtschaft. Wobei vor allem erstere dauernd auf der Bremse standen. Das Problem dabei: **Je mehr Menschen besonders jung und / oder ungerechtfertigt in Pension gehen, desto mehr Menschen müssen jedes Jahr auch bei der Teuerungsabgeltung berücksichtigt werden.** Dadurch explodieren die Kosten für die Teuerungsabgeltung so stark, dass regelmäßig ausgerechnet jene, die brav bis 65 voll gearbeitet haben, bei der Teuerungsabgeltung verkürzt werden.

Dadurch, dass wir diesmal die beiden Kapitel verknüpfen konnten, wurde dieser Zusammenhang deutlich sichtbar. Jedes Mal, wenn eine Gruppe (zB die Gewerkschaft) ein Paket gegen Frühpensionen heraus strich, vervielfachte sich der Einsparungsbedarf bei den Teuerungsabgeltungen – was unzumutbare Belastungen für die derzeitigen Pensionisten bedeutet hätte. Ein Zusammenhang, der erstmals während der Verhandlungen deutlich zu sehen war!

Nun bringen „verhinderte Frühpensionisten“ mehr als 5 Milliarden, „aktive Pensionisten“ 2,56 Milliarden – erstmals eine ausgewogene Lastenverteilung.

2. Senioren-Bedingung:

Es darf keine Null-Anpassungsrunden geben!

Auch dieser Punkt war von Anfang an klar. Die bis 2016 insgesamt benötigten 2,56 Milliarden werden nun auf 2 Anpassungen verteilt. Einmal werden wir ein Prozent unter der gesetzlichen Teuerung liegen, einmal 0,8 Prozent darunter. Dies ist allerdings ein Durchschnittswert. Kleinere Pensionen (zB bis 1.300,- brutto) werden die volle Teuerungsabgeltung erhalten, höhere (bes. über der ASVG-Höchstpension) eben entsprechend weniger. Damit erreichen wir einen sozialen Ausgleich. **Die exakten Details werden in den jeweiligen Herbststunden ausverhandelt, wenn wir die exakte gesetzliche Teuerung kennen.**

Kurzfristig auf dem Tisch war auch eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten um +0,5 Prozent. Dies hätte bedeutet, dass die Teuerungsabgeltung 2013 nur um 0,5 reduziert werden muss, 2014 nur um 0,3 Prozent. Wir hätten dem aber nur zugestimmt, wenn die dadurch

eingemommenen Gelder für Pflege zweckgewidmet worden wären. Nachdem man im gesamten Paket auf Zweckwidmungen verzichtet hat, kam diese Regelung nicht zustande. Das ist wahrscheinlich auch gar nicht so schlecht – denn einer Befristung in diesem Punkt haben wir nicht so recht über den Weg getraut. Sie kennen die österreichische Methode: Erst wird's befristet, dann ins Dauerrecht übernommen ...

3. Senioren-Bedingung:

Wir werden nur zustimmen, wenn alle anderen Gruppen ihren Einsparungsbedarf ebenfalls erbringen!

Dieser Punkt war einer der wichtigsten: Von der Finanzministerin wurden von Anfang an Finanzrahmen für jede Gruppe vorgegeben. Wir Senioren haben diesen erreicht, indem wir die Erfordernisse auf Personen „vor Pension“ und „in Pension“ fair verteilt haben. **Wir hätten nicht zugestimmt, wenn nicht alle anderen Gruppen ihre Rahmen auch eingehalten hätten.**

Die Regierung hat sich also bei uns dafür bedankt, dass ...

- wir von Anfang an nicht blockiert haben
- wir durch unsere Forderung („wenn alle, dann ja“) auch auf andere Gruppen ausreichend Druck erzeugt haben
- wir durch unsere Forderung („auch Maßnahmen für Menschen „vor Pension““) einen großen Teil der Blockade gegen Frühpensions-Reformen geholfen haben aufzulösen

DAS ÖVP-6-PUNKTE-PROGRAMM

Reformpaket für Österreich

ÖVP, 10.02.12

Die ÖVP hat sich durchgesetzt: Schulden runter und durchstarten! Alle Punkte unseres Sechs-Punkte-Programms werden umgesetzt. Mit nachhaltigem Sparen und echten Strukturreformen trägt dieses Paket die klare Handschrift der ÖVP.

Dieses Paket ist:

- **ausgewogen**: alle Bevölkerungsgruppen leisten einen Beitrag.
- **nachhaltig**: keine Einschnitte bei Familien, die Uni-Milliarde kommt.
- **zum größten Teil ausgabenseitig**: Das **Verhältnis von Ausgaben zu Einnahmen von 76 : 24** ist ein **europaweit einmaliger Wert** einer ausgabenseitigen Sanierung.

Wir haben uns von Anfang an für Sparen und Reformen stark gemacht, während die SPÖ nur neue Steuern gefordert hat. In harten Verhandlungen konnten wir eine Belastungslawine für die Menschen in Österreich abwenden. Und die gute Nachricht für alle, die durch harte Arbeit Eigentum erworben haben: Auch Substanzsteuern und eine Erbschaftssteuer konnten wir wegverhandeln.

Wir haben erreicht:

- **Abbau der Schulden** – Nulldefizit im Jahr 2016,
- **20 von 24 SPÖ-Steuerideen verhindert,**
- **Ausgaben werden auf Dauer gesenkt** – strukturelle Reformen bei ÖBB, Pensionen, Förderungen, Gesundheit, Verwaltung und Dienstrecht,
- **Weniger Zinsen, mehr Zukunft** – bis 2016 ersparen wir uns Zinszahlungen von 1,6 Mrd. Euro.

Ein Paket für die Zukunft: Wir haben die richtige Balance gefunden: Einsparungen bei den Kostentreibern und Investitionen in die Zukunftsbereiche Familie, Bildung, Wissenschaft und Forschung. Damit wird Österreich besser sein und stärker wachsen als die meisten Länder in Europa.

Mit diesem Paket verschaffen wir uns wieder Luft zum Atmen und bekommen die Hände frei, um Österreich wieder stark zu machen: Für unsere Kinder. Für unsere Zukunft!

Tun, was notwendig ist.

Zu viel Geld für Zinsen: Wir haben heute einen Schuldenberg von 75% der Wirtschaftsleistung. Dieser hängt wie ein Mühlstein um unseren Hals und droht uns in den Abgrund zu reißen. Mit 8 Mrd. Euro zahlen wir bereits mehr Geld für Zinsen als wir für Bildung ausgeben. Wenn wir nicht handeln, geben wir immer mehr Geld für die Vergangenheit aus, und es bleibt nichts mehr für die Zukunft.

Die Situation ist ernst: Am Beispiel Griechenlands wurde uns vor Augen geführt, was passiert, wenn zu lange nichts passiert: drastische Pensionskürzungen, massenhafte Entlassungen im öffentlichen Dienst, massive Steuererhöhungen, soziale Unruhen, Massenarbeitslosigkeit und Armut. Wir wollen nicht, dass es in Österreich so weit kommt und setzen deshalb rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen.

Wir müssen sparen: Niemand kann auf Dauer mehr ausgeben, als er zur Verfügung hat. Was für jeden einzelnen Haushalt gilt, ist auch für den Staat gut und richtig. Die Fakten sprechen hier eine deutliche Sprache: Wenn wir jetzt nicht handeln, geben wir 2016 die Hälfte des Bundeshaushaltes für die ÖBB, Pensionen und Zinsen aus. Das ist nicht zukunftsfähig. Am Sparen führt kein Weg vorbei.

Handlungsspielräume für die Zukunft erarbeiten: Sparen ist kein Selbstzweck. Und wir sparen auch nicht für die Rating-Agenturen. Wir müssen jetzt handeln, weil es sonst in Zukunft keine Pensionen mehr gibt, weil wir sonst die Qualität im Gesundheitssystem nicht halten können und weil wir dann nicht mehr in Bildung investieren können. Wir müssen jetzt handeln, um uns jene Handlungsspielräume zu schaffen, um Österreich wieder stark zu machen. Für die Zukunft. Für unsere Kinder.

Für ein Österreich, das auf gesunden Beinen steht: Wir handeln heute, damit wir morgen in einem starken Österreich wieder durchstarten können. Wir wollen ein Österreich, das von unnötigen Doppelgleisigkeiten und Ausgaben entrümpelt wird. Wir wollen ein Österreich, in dem auch die heute Jungen einmal eine sichere Pension bekommen werden. Wir wollen ein Österreich, das optimistisch in die Zukunft blickt, und kein Land, das auf Pump lebt. Das ist unsere Verantwortung. Deshalb müssen wir tun, was notwendig ist.

Im Dezember 2011 hat die ÖVP ein Sechs-Punkte-Programm auf den Tisch gelegt, in dem wir Punkt für Punkt aufgeschrieben haben, was aus unserer Sicht gemacht werden muss. Nachdem wir die SPÖ zuerst einmal davon überzeugen mussten, dass wir ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem haben, ist dieses Paket die Grundlage der Verhandlungen gewesen. Und wir haben uns durchgesetzt: **Jeder der sechs Punkte wird umgesetzt und in jedem Bereich gibt es echte Strukturreformen für nachhaltiges Sparen:**



Notbremse bei den ÖBB gezogen:

- Keine Frühpensionen mehr
- Kostengünstigere und effizientere Infrastrukturprojekte



Pensionen gesichert:

- Erhöhung des faktischen Antrittsalters um 4 Jahre bis 2020
- Keine Invaliditätspension unter 50
- Verschärfungen bei Korridor pension



Förderdschungel durchforstet:

- Beseitigung von Doppelförderungen
- Festlegung von Förderkriterien



Gesundheitskosten gedämpft, Leistungen erhalten:

- Maximale Kostensteigerung von 3,6% pro Jahr
- Zentrale Steuerung des Gesundheitssystems



Verwaltung reformiert:

- 50% der Rechnungshofvorschläge werden umgesetzt
- Zusammenlegung von Bezirksgerichten



Öffentlicher Dienst spart:

- Aufnahmestopp
- Mobilitätspaket

KAPITEL PENSIONEN

Reformpaket für Österreich Pensionen

ÖVP, 10.02.12

Reformen für sichere Pensionen: Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder einmal eine Pension haben, von der sie im Alter gut leben können. Dazu muss das System aber finanzierbar bleiben.

*Wenn wir so weiter machen wie bisher,
fahren wir unser Pensionssystem gegen die Wand.*

Heute gehen wir im Schnitt mit 58 Jahren in Pension. Damit ist Österreich im europäischen Vergleich Schlusslicht beim faktischen Pensionsalter. So wird unser System unfinanzierbar. Deshalb braucht es hier Reformen.

Faktisches Pensionsantrittsalter muss steigen: Weil wir an die Jungen denken, müssen wir uns daran gewöhnen, dass wir länger arbeiten. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass das faktische Pensions-antrittsalter in Österreich bis 2016 um 1,5 Jahre und bis 2020 um insgesamt 4 Jahre angehoben wird. Damit auch die heute Jungen einmal eine Pension bekommen und nicht in bestehende Pensionen eingegriffen werden muss.

Die Maßnahmen im Überblick:

- In den **Jahren 2013 und 2014** leisten unsere Pensionistinnen und Pensionisten durch eine **moderate Pensionsanpassung** einen wichtigen Beitrag zur Budgetkonsolidierung: Im kommenden Jahr wird die Anpassung 1 Prozentpunkt unter der eingestellten Inflationsrate liegen und 2014 0,8 Prozentpunkte.

- Einführung **Pensionskonto ab 2014:** Schaffung eines gestaffelten **BonusMalus-Systems** wie von der ÖVP vorgeschlagen: Bei der Korridor pension wird es künftig für jedes Jahr kürzeres oder längeres Arbeiten einen Ab- bzw. Zuschlag von 5,1 Prozent geben.
- **Erhöhung der Anspruchsvoraussetzung für die Korridor pension** von 37,5 auf 40 Versicherungsjahre.
- **Keine Invaliditätspensionen für unter 50-Jährige.** Stattdessen wird das **Rehabilitationsgeld** eingeführt, um die Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- **Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen:** schrittweise Anhebung des erweiterten Berufsschutzes: 2013 – 58 Jahre, 2015 – 59 Jahre, 2017 – 60 Jahre.
- **Entfall von Blockzeitvereinbarungen bei Altersteilzeit.**
- **Einhebung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen bis zum Pensionsanspruch.**
- **Pensionsvorschüsse** gibt es künftig **nur bei Arbeitsunfähigkeit laut Gesundheitsstraße.**
- Der **Beitragsatz** in der **Pensionsversicherung** wird im Zuge weiterer Harmonisierung für **Gewerbetreibende auf 18,5% und für Bauern ab 1. 7. 2012 auf 16%, ab 1. 7. 2013 auf 16,5 und ab 2015 auf 17% angehoben.**
- Die **Höchstbeitragsgrundlage** wird **um 90 Euro angehoben.**

DIE MEDIEN BERICHTETEN...

"KURIER"-Kommentar von Josef Votzi: "Die Rentneropfer-Mär"

OTS, 13.02.12

Die größte Sparpakets-Last schultern nicht heutige, sondern künftige Pensionisten.

Wien - Jetzt geht es ans große Abrechnen. Wen kostet das Sparpaket am meisten - und wer kommt weniger dran? Die Finanzministerin hat dazu eine simple Rechnung aufgemacht: "Die 200.000 Beamten schultern fast gleich viel wie die zwei Millionen Pensionisten." Die Österreicher sehen das ganz anders. In der jüngsten OGM-KURIER-Umfrage gibt es großen Applaus für die Nulllohnrunde 2013 bei den Beamten (72 Prozent Zustimmung). Dass gleichzeitig die Pensionserhöhung zwar nicht auf null gestellt, aber ein Prozent unter der Inflationsrate bleiben soll, lehnen 54:38 Prozent ab. Das spiegelt zum einen wider, dass Beamte eine kleine Minderheit und Pensionisten eine meinungsmächtige Mehrheit sind. Viel schwerer wiegt aber: Die Regierung wird bei der größten Wählergruppe Opfer ihrer eigenen Propaganda, die besagt: Die Pensionisten steuern mit mehr als 7 Milliarden den größten Brocken zum Sparpaket bei. Eine klassische Halbwahrheit: Die heutigen Rentner tragen durch geringere Erhöhungen mit 2,5 Milliarden Euro tatsächlich nur den kleineren Teil bei. Den größten Teil des Pakets schultern jene, die demnächst in Pension gehen wollten: Das wird schwerer und teurer (siehe Bericht Seite 3). Ob das die errechneten 5 Milliarden bringt, das wird erst die nächste Regierung ins Schwitzen bringen.

Pensionsverluste und späterer Pensionsantritt drohen

Wien - Das Sparpaket wird dem ein oder anderen einen späteren Ruhestandsantritt und eine niedrigere Pension bringen. Dafür kann ab 2014 bei der Pensionsversicherungsanstalt ziemlich exakt erfragt werden, wie hoch der Ruhensbezug einmal sein wird. Was sich genau ändert, im Folgenden.

Der Weg in die Pension: Wer nicht bis zum gesetzlichen Pensionsalter zu warten will oder kann, hat es künftig möglicherweise ein wenig schwerer, vor allem wenn er erst später zu arbeiten begonnen hat. Denn das Antrittsalter für die Korridor pension bleibt zwar bei 62, allerdings muss man mehr Versicherungsjahre vorweisen, um den vorzeitigen Ruhestand antreten zu können. Sind es derzeit noch 37,5 Jahre, die zum Antritt berechtigen, steigt diese Vorgabe ab kommendem Jahr in Halbjahresschritten auf 40 im Jahr 2017.

Dazu komme noch, dass gemäß Loipersdorfer Beschlüssen ab 2014 auch das Antrittsalter für die Hacklerregelung um zwei Jahre auf 57 bzw. 62 steigt (bei Frauen 42 Jahre, bei Männern 45 Versicherungsjahre Voraussetzung). Zudem werden kaum noch Ersatzzeiten angerechnet, z.B. nicht mehr Krankengeldbezug oder nachgekaufte Schulzeiten.

Schwieriger werden kann es auch, wenn man sich zu krank für Arbeit fühlt und eine Invaliditätspension antreten will. Für Über 50-Jährige ändert sich grundsätzlich nichts, es sei denn, sie sind ungelernete Arbeiter. Deren Tätigkeitsschutz beginnt künftig erst mit 60 statt mit 57.

Für Unter-50-Jährige gibt es an sich keine I-Pension mehr. An dessen stelle tritt ein Reha-Geld. Das soll etwa die gleiche Höhe haben wie eine I-Pension. Der Vorteil der Maßnahme ist, dass die Betroffenen in die Kompetenz des Arbeitsmarktservice fallen und dieses entsprechende Umqualifizierungen initiieren kann. Für Unter-50-Jährige, bei denen keine Hoffnung besteht, sie wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, wird es weiterhin die Option einer unbefristeten I-Pension geben.

Zäher wird es auch, was die Altersteilzeit angeht. Die Möglichkeit des Blockens entfällt. Bisher galt die Regel, dass man die Arbeitszeit nicht über die ganze Altersteilzeit reduzieren muss sondern auch die erste Zeit voll und die zweite Hälfte gar nicht arbeiten darf. Nunmehr wird es nur noch die Option geben, die Arbeitszeit durchgehend zu reduzieren und das fünf Jahre lang bis zum gesetzlichen Pensionsalter.

Der Pensionsverlust: Das Sparpaket wird gar nicht so wenigen eine niedrigere Pension bringen. Das beginnt schon einmal mit den Abschlägen für die Korridor pension. Sie werden von 4,2 Prozent jährlich auf 5,1 Prozent erhöht. Andererseits kann man auch die eigene Pension um 25 bis 30 Prozent erhöhen, wenn man drei Jahre länger arbeitet. Durch das Pensionskonto erhofft man sich im Sozialministerium, dass letztere Option für die Betroffenen sichtbar wird.

Die zweite Möglichkeit, an Pension zu verlieren, ist das Defacto-Ende der Parallelrechnung. Nachdem die Ansprüche aus dem Altrecht künftig in eine Kontogutschrift umgewandelt werden, können Gewinne bzw. Verluste bezüglich der bisher erworbenen Ansprüche entstehen. Beim Jahrgang 1955 sind es plus/minus 1,5 Prozent. Der maximale Verlust bzw. Gewinn ist ab Jahrgang 1965 erreicht, nämlich 3,5 Prozent.

Höhere Beiträge müssen Selbstständige zahlen. Der Pensionsbeitrag in der gewerblichen Pensionsversicherung steigt mit Juli um einen Prozentpunkt auf 18,5 Prozent. Bei den

Bauern soll ein "ähnliches Ergebnis" durch einen Mix an Maßnahmen (höhere Beiträge, Erhöhung der Berechnungsbasis etc.) erreicht werden.

Was Bezieher hoher Einkommen betrifft, ist die außertourliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage (die Grenze, bis zu der volle Sozialversicherungsbeiträge zu leisten sind) um 90 Euro im kommenden Jahr relevant. Die gleiche Erhöhung wird übrigens in Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung vorgenommen.

Bitter für die bereits in Pension Befindlichen ist, dass die Anpassung in den kommenden beiden Jahren unter der Inflationsrate liegen wird. Für 2013 wird ein Prozentpunkt abgezogen, 2014 dann auch noch 0,8. Der geplante Solidaritätsbeitrag für Sonderpensionisten (Nationalbank etc.) kommt zumindest fürs erste aus rechtlichen Gründen nicht.

Das transparente Konto: Das Pensionskonto gibt es schon länger, wirklich sagen konnte einem die Pensionsversicherungsanstalt aber nicht, wie hoch der Ruhensbezug einmal sein wird. Das ändert sich ab 2014. Denn es wird die Pension nicht mehr mittels komplizierter Parallelrechnung zwischen Ansprüchen aus dem günstigeren Altrecht und jenen des weniger günstigen Neurechts errechnet. Stattdessen wird mit einer komplexen Formel eine Gutschrift aus den bisherigen Ansprüchen für das Pensionskonto errechnet, auf das auch alle künftigen Ansprüche aus dem Neurecht fließen.

Die konkrete Auswirkung: es ist für den Versicherten klar erkennbar, wie viel Geld er schon für die Pension angespart hat (also wie hoch sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre) und wie viel er (ohne weitere Änderungen des Pensionsrechts) einmal erhalten dürfte. Verluste durch einen allfälligen Frühpensionsantritt könnte man sich selbst ausrechnen. Zeit für diese Umstellung hat die PVA bis 2014. Ab dann soll das Konto auch dank einer neuen EDV mit allen Daten gefüttert sein.

Relevant ist diese Umstellung für alle Jahrgänge ab 1955. Für die Älteren wird die Parallelrechnung weitergeführt. Beamte sollen angesichts der bei ihnen schwierigeren Umrechnung erst ab Jahrgang 1976 in das Gutschriftmodell einbezogen werden.

Dumm gelaufen: Verlierer der aktuellen Reformen im Pensionsrecht sind jene, die exakt so viele Schul- oder Studienjahre nachgekauft haben, dass sie nach 37,5 Versicherungsjahren in die Korridorpension gehen wollten. Durch die Anhebung der Mindestversicherungsdauer für diese Pensionsart müssen sie nun entweder länger auf den Pensionsantritt warten oder aber weitere Schul- bzw. Studienzeiten nachkaufen. Das ist aber mittlerweile ziemlich teuer. Ist man nämlich schon über 55, sind immerhin 2.141 Euro pro Schul- oder Studienmonat zu bezahlen. Über-60-Jährige müssen noch einmal 115 Euro pro Monat drauflegen. Für Jüngere ist der Nachkauf mit 964 Euro deutlich billiger.

KAPITEL ÖBB

Reformpaket für Österreich ÖBB

ÖVP, 10.02.12

Notbremse gezogen

Für eine leistungsfähige Bahn: Täglich sind tausende Österreicher/innen auf die Bahn angewiesen. Der öffentliche Verkehr in Österreich ist ein unverzichtbarer Anbieter für Mobilität und leistet einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Deshalb brauchen wir eine leistungsfähige und kostengünstige Bahn – auch für den Steuerzahler.

Zu viel Geld fließt in die ÖBB: Jährlich sieben Milliarden Euro aus dem Steuertopf sind zu viel. Jeder Österreicher/jede Österreicherin zahlt 840 Euro für die ÖBB, ohne auch nur ein Ticket gelöst zu haben. Durch die Pensionsprivilegien ist die Situation entstanden, dass 42.000 aktiven Mitarbeitern 72.000 ÖBB-Pensionisten gegenüber stehen.

Bei den ÖBB gehen die Mitarbeiter durchschnittlich mit 53 Jahren in Pension, während jeder andere um viele Jahre länger arbeiten muss.

Darum ziehen wir die Notbremse: Wir haben uns mit unserer langjährigen Forderung nach einem Privilegienstopp bei den ÖBB-Pensionen durchgesetzt: Ab sofort wird es **keine Frühpensionierungen** bei der ÖBB mehr geben, was vor allem jene ÖBB-Mitarbeiter betrifft, die noch im alten Dienstrecht sind. Für neu eingetretene Mitarbeiter gilt bereits jetzt das allgemeine Pensionsrecht.

Kostengünstigere Infrastruktur: Der zweite Schwerpunkt liegt bei der Infrastruktur, hier gilt das Motto: „Ja“ zu den Infrastrukturprojekten, aber kostengünstiger und effizienter. Durch eine Neubewertung der Projekte kann bis 2016 ein Sparpotenzial von 900 Mio. Euro erreicht werden.

Reformen müssen weiter gehen: Damit ist der Weg eingeschlagen, der konsequent zu Ende gegangen werden muss. Dieses Paket ist der Auftakt für weitere Reformschritte bei den ÖBB.

KAPITEL FÖRDERUNGEN

Reformpaket für Österreich Förderungen

ÖVP, 10.02.12

Der Dschungel wird durchforstet

Unser Fördersystem ist aufgebläht und undurchsichtig: Bund, Länder und Gemeinden fördern ein- und denselben Förderzweck mitunter mehrmals.

Doppel- und Mehrfachförderungen kosten viel Geld und verzerren die Wirkung der Förderung.

Klar ist: Wichtige Bereiche sollen auch weiterhin durch die öffentliche Hand gefördert werden, z.B. Grundlagenforschung, Erneuerbare Energie oder kreative und innovative Produktentwicklung von Unternehmen.

Förderungen: zielgenau und wirkungsorientiert: Die Förderungen sollen aber insgesamt zielgenauer und wirkungsorientierter vergeben werden. Bund, Länder und Gemeinden sollen bei den Förderungen an einem Strang ziehen.

Unsere Maßnahmen im Überblick:

Förderpyramide für klare Zuständigkeiten: In Zukunft wird es klare Zuständigkeiten geben: Durch eine „Förderpyramide“ wird geregelt, welche Bereiche durch den Bund, die Länder oder die Gemeinden gefördert werden. **Doppel- und Mehrfachförderungen gehören** dadurch der **Vergangenheit an**.

Kriteriengeleitetes Fördersystem: Damit Förderungen zielgenauer erfolgen, werden Kriterien für die Fördervergabe festgelegt. Durch **diese Förderrichtlinien** wird die

Kontrolle der Förderung vereinfacht. Wird der Förderzweck nicht erreicht, soll die Förderung zukünftig rückforderbar sein.

Falsche Anreize werden beseitigt: Auch dem überbordenden Förderwesen wird ein Riegel vorgeschoben. So wird beispielsweise der **Qualifizierungsbonus gestrichen**, der bisher an Arbeitslose für den Besuch eines Gratisweiterbildungskurses ausbezahlt wurde.

KAPITEL GESUNDHEITSSYSTEM

Reformpaket für Österreich Gesundheitssystem

ÖVP, 10.02.12

Volle Leistung zu einem fairen Preis: Das österreichische Gesundheitssystem ist weltweit eines der Besten, aber auch eines der Teuersten. Zuviel Geld versickert heute in ineffizienten Strukturen. Die fehlende Koordination zwischen dem niedergelassenen Bereich und den Spitälern ist einer der Hauptkostentreiber.

Die explodierenden Gesundheitskosten erhöhen den Druck für längst anstehende Reformen. Jährlich steigen die Kosten um rund eine Milliarde Euro.

Sparen wo es Sinn macht: Dem schieben wir jetzt mit klugen Reformen einen Riegel vor. Wir sparen nicht bei den Leistungen, sondern dort, wo es Sinn macht: Bei Doppelgleisigkeiten im Spitalswesen und bei den Krankenkassen.

Maßnahmen im Gesundheitswesen:

- Kostensteigerungen im Gesundheitsbereich dürfen in Zukunft 3,6% nicht übersteigen. Dazu haben wir mit den Ländern einen **Kostendämpfungspfad** vereinbart. Bundesweite Benchmarks regeln, was erreicht werden muss. Konkret heißt das: Jedes Bundesland leitet Reformen ein, um dieses Ziel zu erreichen.
- Außerdem: Das **Gesundheitssystem** wird in Zukunft durch ein gemeinsames Gremium von Bund, Ländern und Kassen **zentral gesteuert**.
- Durch **bessere Planung und Steuerung** wird die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Spitälern verbessert.
- **Reorganisation der Ambulanzen und Spitalsaufenthalte:** Krankenhausbett wenn notwendig, ambulante Behandlung wenn ausreichend.
- **Einsparungen bei den Krankenkassen.**

KAPITEL VERWALTUNG

Reformpaket für Österreich Verwaltung

ÖVP, 10.02.12

Der Speck kommt weg: Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung sind teuer, ineffizient und bringen keinen Mehrwert für den Bürger. Auch wenn in diesem Bereich bereits einiges passiert ist, liegen uns vielschichtige Entscheidungsebenen noch immer schwer auf der Tasche.

Zu viel Steuergeld versickert in doppelgleisigen Strukturen.

Damit ist jetzt Schluss: Durch Zusammenlegungen und verstärkte Kooperation machen wir die österreichische Verwaltung schlank und effizient für die Zukunft.

Was bisher geschah:

- **Polizeireform – aus 31 werden 9:** Sicherheitsdirektionen, Bundespolizeidirektionen und Landespolizeikommanden werden zu Landespolizeidirektionen zusammengelegt.
- **Verwaltungsgerichte – aus mehr als 100 werden 11:** Statt der mehr als 100 Sonderbehörden von Bund und Ländern wird es künftig nur noch neun Landesverwaltungsgerichte und zwei Bundesverwaltungsgerichte geben.
- **Bundesamt für Fremdenrecht und Migration (BFM) – aus 194 wird 1:** Das bringt effizientere Verfahren und erhebliche Einsparungen.

Und so geht's weiter – die Maßnahmen im Überblick:

- **Vorschläge des Rechnungshofes:** In einem ersten Schritt werden 50% der vom Rechnungshof vorgeschlagenen Maßnahmen sofort umgesetzt.
- **Wir sparen bei den Ministerien:** Flächeneinsparungen und verbindliche Festlegungen im IT-Bereich (Standards, Investitionen und Strategie).
- **Bezirksgerichte** werden zusammengelegt.
- **Zusammenlegung der Entminungsdienste** des Innen- und des Landesverteidigungsministeriums sowie **Schließung von Heerespitälern.**
- Durch die **E-Government-Offensive** gibt es ein Mehr an Service und eine deutliche Kostensenkung.

KAPITEL ÖFFENTLICHER DIENST

Reformpaket für Österreich Öffentlicher Dienst

ÖVP, 10.02.12

Attraktiv und leistungsorientiert

In schwierigen Zeiten muss jeder seinen Beitrag leisten, auch der öffentliche Dienst. Deshalb braucht der Dienst für den Staat mehr Attraktivität, ein leistungsorientiertes Dienstrecht und effiziente Strukturen.

Der öffentliche Dienst leistet einen wichtigen Beitrag zur Budgetsanierung.

Neues Dienstrecht: Durch ein **Mobilitätspaket** sorgen wir dafür, dass Personal dort eingesetzt werden kann, wo Engpässe bestehen: Günstig für den Steuerzahler, sinnvoll für den öffentlichen Dienst. So garantieren wir motivierte Verwaltungsbedienstete, einsatzbereite Polizisten/innen und die besten Lehrer/innen für unsere Kinder, und das alles zu einem leistbaren Preis.

Und so leistet der öffentliche Dienst seinen Beitrag:

Aufnahmestopp: Durch einen sofortigen Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst setzen wir ein klares Zeichen für den Sparwillen des Bundes. Ausnahmen wird es bei der Polizei und bei den Lehrern geben. Denn bei unserer Sicherheit und der Zukunft unserer Kinder dürfen wir nicht den Sparstift ansetzen.

Im kommenden Jahr wird es eine **Nulllohnrunde für Beamte** geben und 2014 folgt eine moderate Gehaltsanpassung. Eine analoge Regelung für den ausgegliederten Bereich wird gefunden.

Durch die **Streichung des sogenannten verlängerten Dienstplans** (z.B. 41. Stunde im Landesverteidigungsministerium) werden Mehrdienstleistungen nicht mehr wie bisher durch spezielle „Aufwandsentschädigungen“ abgegolten.

KAPITEL POLITIK

Reformpaket für Österreich Auch die Politik spart

ÖVP, 10.02.12

Das österreichische Parlament wird schlanker: Der **Nationalrat** wird von **derzeit 183 auf 165 Abgeordnete reduziert und der Bundesrat von 62 auf 55 Sitze verkleinert.**

Einschränkungen gibt es auch bei der **Bundesregierung**: Diese wird sich zukünftig **aus maximal 16 Regierungsmitgliedern** zusammensetzen.

Koalition bedeutet Kompromiss: Neue Einnahmen

Mit einem **Verhältnis von 76 : 24 liegt der Schwerpunkt des Pakets klar auf der Ausgabenseite.** Gleichzeitig kommen wir um neue Einnahmen nicht herum. Und auch hier hat sich die ÖVP durchgesetzt und das Eigentum der Menschen geschützt: Es wird **keine Substanzsteuer** und **keine Erbschafts- und Schenkungssteuer** geben. Vielmehr werden **Steuerbegünstigungen gestrichen und Steuerlücken** im bestehenden System **geschlossen**:

Besteuerung von **Grundstücks- und Liegenschaftsgewinnen mit 25% bei Veräußerung.**

Bei der **Gruppenbesteuerung** steht die Abzugsfähigkeit ausländischer Verluste nicht mehr unbeschränkt zu. Am Prinzip der Gruppenbesteuerung wird nicht gerüttelt.

Die **Rückvergütung der Mineralölsteuer** bei Agrardiesel, im öffentlichen Verkehr und bei den ÖBB wird **gestrichen.**

Die Option des **Vorsteuerabzugs bei Vermietung** und **Verpachtung wird eingeschränkt.**

Solidarbeitrag: Steuerzuschlag ab Brutto-Einkommen 13.280 €/Monat bzw. 185.920 €/Jahr von 3%, ab 25.780 €/Monat bzw. 360.920 €/Jahr von 4,5% und ab 42.447 €/Monat bzw. 594.258 €/Jahr von 6,28%. Der Spitzensteuersatz bleibt bei 50%. Parallel dazu kommt es zu einer entsprechenden Einschränkung des Gewinnfreibetrages für Selbstständige. Dieser Solidarbeitrag ist **zeitlich befristet bis 2016.**

Finanztransaktionssteuer: Die Finanztransaktionssteuer wird nach dem Modell der Europäischen Kommission in Österreich eingeführt.



Sie suchen einen Raum für ein Seminar, für eine Firmenklausur, oder ein Zimmer für einen Ausflug nach Wien mitten im Grünen und doch in Wien?

Dann sind Sie im **SEMINARHOTEL SPRINGER-SCHLÖSSL** genau richtig.
Das Springer Schlössl bietet gemütlich ausgestattete Zimmer
in absoluter Park-Ruhelage in der Nähe dem Schloss Schönbrunn
und ist auf Seminargäste spezialisiert.

**Unser Hotel ist besonders seniorenfreundlich
und eine Oase der Entspannung.**

Weitere Informationen bekommen Sie unter Telefon:
(01) 814-20/35, Fax: (01) 814-20/30 sowie auf der Homepage.

www.springer-schloessl.at